

Innenpolitik im DR in den 1870er und 1880er Jahren: **Kulturkampf** und **Sozialistengesetze**

	Der Kulturkampf	Das Sozialistengesetz
Anlass	▪ Versuche der katholischen Kirche, Einfluss auf die Politik im DR zu nehmen ▪	▪ Zwei Attentate auf den deutschen Kaiser, für die Bismarck die Sozialisten verantwortlich machte ▪ Die Sozialistenpartei forderte die Umverteilung des Besitzes aller Menschen, die Abschaffung des Kapitalismus und Überwindung der Klassengesellschaft
Maßnahmen/ Veränderungen	▪ Trennung von Kirche und Staat, z.B. ▪ Eindämmung des politischen Einflusses der Zentrumspartei (politische Vertretung der Katholiken) ▪ Eindämmung des politischen Einflusses der Kirche, der Priester und des Vatikans ▪ Innerhalb des Reiches wurden verschiedene Institutionen und Abteilungen der katholischen Kirche aufgelöst, z.B. die katholische Abteilung im Kulturministerium ▪ Amtsenthebungen und Ausweisungen von Geistlichen ▪ 1875 Trennung von staatlicher und kirchlicher Eheschließung	▪ Sozialisten/ Sozialdemokraten wurden von Bismarck als Reichsfeinde bezeichnet ▪ Die Partei wurde als „Partei des Umsturzes“ (des bisherigen Staates) bezeichnet ▪ Beschlagnahmung des Parteivermögens (aller Gelder der Partei) ▪ Bismarck versuchte, den Reichstag unter Druck zu setzen, damit die Abgeordneten gemäß seiner Ideen abstimmten (z.B. Drohung der Auflösung des Reichstages) ▪ Verfolgung und Verhaftung tausender Sozialisten und Sozialdemokraten durch den Staat
Auswirkungen/ Konsequenzen	▪ Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Kirchenstaat Vatikan ▪ Bismarck verlor die Unterstützung vieler nationalliberaler Politiker → Verbote von Parteien, die nicht die Verfassung	▪ Verbot der sozialistischen Partei ▪ Trotz des Verbot wurde die Sozialistenpartei zur stärksten Partei im DR ▪ Später: Aufhebung des Sozialistengesetzes

	zerstören wollen, erschien nicht rechtmäßig	durch Kaiser Wilhelm II. (1890) ▪ Dann Neugründung der Partei (1890) ▪ 1912 stärkste Fraktion im Reichstag
Urteil aus heutiger Sicht	▪ Heute nicht mehr möglich, da der Bundeskanzler nicht über die Befugnisse verfügt, eine Partei zu erlauben oder zu verbieten ▪ Der heutige Verfassungsschutz müsste zunächst ein Gutachten über die beteiligte Parteien verfassen, eine einzelne Meinung	▪ Nicht rechtmäßig, da Bismarck u.a. Unwahrheiten einsetzt, um seine Politik durchzusetzen ▪ Trotzdem wäre die damalige sozialistische Partei heute ein Beobachtungsfall für den Verfassungsschutz, weil einige Forderungen darauf abzielen würden, die heute gültige Verfassung und Gesellschaftsordnung zu stürzen